

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfes für das Haushaltsjahr 2024

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

eine Krise folgt auf die andere. Niemand weiß oder kann auch nur erahnen, was die Zukunft bringen mag, aber **Mahatma Gandhi hat gesagt:**

- **„Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.“ –**

Wir alle sind gefragt, in der aktuellen Zeit unser Bestes zu geben, konstruktiv und mit Weitblick zu agieren und unseren Beitrag zur Allgemeinheit zu erbringen.

Was können wir als Kommunalpolitikerinnen und -politiker schon bewegen, mag mancher fragen. Ich bin der Meinung, auch auf kommunaler Ebene lässt sich einiges erreichen und Perspektiven für die Zukunft schaffen.

Blicken wir zurück in die Vergangenheit, stellen wir fest, dass der Kreis Warendorf noch vor wenigen Jahren einen erheblich höheren Schuldenstand hatten, als heute. Gerade der Schuldenstand ist ein Faktor, der sich unmittelbar auf die Höhe der Kreisumlage auswirkt. Daher haben wir in den vergangenen – wirtschaftlich soliden - Jahren immer wieder darauf gedrungen, diesen möglichst weit abzubauen. Der niedrige Schuldenstand zeugt von vorausschauender Finanzplanung nach dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“.

Nehmen wir als Beispiel unseren Antrag, die geplante Summe von 5 Millionen Euro für die Pensionsrückstellungen aufzusplitten und nicht wie in den letzten Jahren komplett in die Anlagefonds zu transferieren. Dort ist derzeit nur ein geringer Zinsertrag zu erzielen. Daher haben wir vorgeschlagen, 2 Millionen in kurzfristigen, ertragreichen Wertanlagen anzulegen. Im Finanzausschuss im Frühjahr wird über den Antrag erneut beraten; wir hoffen auf eine konstruktive und zielführende Diskussion.

Das Begleitpapier zum Stellenplan ist in diesem Jahr angepasst worden, nachdem wir in den vergangenen Jahren auf mehr Transparenz gedrungen haben. Die Frage nach der Notwendigkeit der Stellenerweiterung, die wir im Antrag hinterfragt haben, wurde durch die Verwaltung detailliert erläutert; u.a. begründet durch Transferierung der Stellen neben dem Plan in Planstellen.

Allerdings besteht auch weiterhin ein Stellenplan neben dem Stellenplan, in dem Beschäftigte mit Zeitverträgen und Geringfügig Beschäftigte geführt werden. Was hilft da die Reduzierung der Planstellen, wenn dann im „Schattenplan“ die Stellenanteile wachsen 😞.

Wie bereits in den vergangenen Jahren mahnen wir erneut an, die permanente Erweiterung des Stellenplans kritisch zu betrachten, Lösungen zu suchen, wie Aufgaben zusammengeführt werden können oder auf den Umfang der Aufgabenerfüllung zu überprüfen sind.

Ich wiederhole meine Aussage aus dem letzten Jahr:

„Wichtig ist uns jedoch, dass es ein Weiter so nicht geben kann, denn auch die Belastbarkeit der Zahlenden ist endlich. Und seien sie versichert, auch im nächsten Jahr werden wir wieder genau hinsehen!“

Beim Planansatz zur Neumöblierung des Sparkassenforums stellt sich für die Fraktion die Frage,

- Notwendig?
- In der aktuellen Finanzsituation der Kommunen angemessen?
- Für wen erforderlich?

Danke, dass dazu in den Ausschüssen eine Variante gefunden wurde, in der der Planansatz mit Sperrvermerk versehen wird,

das Projekt im kommenden Jahr vorgestellt wird und erst dann das Go oder No-Go zur Umsetzung erteilt wird.

Eingeplante Puffer im Bereich Immobilienmanagement wurden um 200.000 € reduziert; ebenfalls folgten die Ausschüsse der Reduzierung der Haushaltsansätze im Bereich der Energieversorgung für Strom und Gas für das Jahr 2024 und folgende.

In Bezug auf die Wiederinbetriebnahme der WLE-Strecke zwischen Münster und Sendenhorst wurde von uns auf die Möglichkeit von Konsequenzen bei der Benutzung des Begriffes „Reaktivierung“ hingewiesen. – Der zuständige Dezernent Dr. Bleicher sah keine rechtlichen Folgen bei der Benutzung des Begriffes, der künftig weiter so verwendet wird. Diese Aussage wurde zu Protokoll gegeben.

In den sozialen Fragen konnten sich die Fraktionen auf gemeinsame Wege zur Unterstützung von Projekten einigen, die auch wir beantragt hatten, z.B. die Bezuschussung des Kreissportbundes zu Förderung der Prävention sexualisierter Gewalt und des Psychosozialen Traumazentrums.

Die FWG-Kreistagsfraktion hat in den Beratungen zum Haushaltsentwurf zahlreiche weitere Fragestellungen aufgeworfen, die von der Verwaltung im persönlichen Gespräch oder schriftlich beantwortet wurden.

Danke an Dr. Funke, Frau Schreier und die Teams in der Verwaltung für die schnelle, sachliche und ausführliche Beantwortung der offenen Fragen.

Bis zur Festsetzung der Kreisumlage auf 32,0 % war in diesem Jahr ein langer Beratungsweg mit immer wieder neuen Informationen über Verbesserungen der Haushaltssituation zu verzeichnen. Was ist denn überhaupt richtig und angemessen?

Bei der Haushaltseinbringung waren 33,0% für die Kreisumlage vorgesehen, die zu dem Zeitpunkt schon nicht mehr zutreffend waren. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister forderten eine Absenkung auf 32,6%, wir beantragten am 29.10.23 - 32,5%.

Doch wie es nun mal immer wieder so kommt im Laufe der Beratungen – oh Wunder - ein Geldsegen war zu verzeichnen. Wir reduzierten mit Antrag vom 15.11.23 auf 32,2%.

Nach Auftauchen weiterer finanzieller Ressourcen folgte dann am 21.11.23 ein gemeinsamer Antrag auf Senkung auf 32,0%. Damit ist für uns allerdings – besonders mit Blick auf die kommenden Jahre - das Ende der Reduzierung der Ansätze erreicht. In den Jahren 2025 und

2026 sind in der mittelfristigen Etatplanung des Kreishaushaltes Steigerungen in der Kreisumlage, um jeweils etwa 15 Mio. € zu erwarten.

Wenn Bund und Land nicht mit aller Kraft eine Reduzierung der Belastungen auf der Kommunalen Ebene vorantreiben, werden wir in der Zukunft kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten vorfinden.

Noch problematischer sieht es mit der Jugendamtsumlage aus, die in diesem Jahr auf 22,4% festgesetzt werden muss, besonders, nachdem im Laufe der Beratungen weitere Verschlechterungen bekannt gegeben wurden. Die Aufgaben steigen, die Belastungen steigen, ein Ausgleich von Bund und Land und eine Reduzierung der Vorgaben sind leider nicht zu erwarten.

Was können wir mit Blick auf die Zukunft tun?

- Weiter konstruktiv und mit Zuversicht die Dinge angehen, die wir vor Ort gestalten können.
- Mit **Augenmaß** Projekte planen und umsetzen, z.B. das Bevölkerungsschutzzentrum
- Synergieeffekte suchen und die Zusammenarbeit mit den Kommunen verstärken, u.a. im Bereich der kommunalen Wärmeplanung
- Nicht „Klein-Klein“ denken, sondern Visionen aussprechen und Wege suchen, Neues auszuprobieren
- Die Herausforderungen der kommenden Jahre annehmen und kreativ gestalten.

Nach konstruktiven und sachlichen Debatten stimmt die FWG-Kreistagsfraktion in diesem Jahr dem Haushaltsentwurf zu.

Danke an alle, die auch in diesem Jahr zum Gelingen beigetragen haben

- Danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung
- Danke an alle Kreistags- und Ausschussmitglieder
- Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Dorothea Nienkemper

FWG-Fraktionsvorsitzende